

Berufsbildung in den achtziger Jahren

Gustav Grüner hat nicht ganz unrecht, wenn er mit spitzer Feder zu diesem Titel bemerkt, eigentlich sei er nur ein modischer Gag. Denn diese Überschrift suggeriere stürmische und noch nie dagewesene Wandlungen, wogegen sich zukünftige Veränderungen aller Voraussicht nach stetig und oft unbemerkt vollziehen würden.

Redaktion und Herausgeber haben sich trotzdem entschlossen, diesen vorläufigen Arbeitstitel offiziell werden zu lassen, denn er gibt auf plakative Art Hinweise auf das, was Inhalt der einzelnen Beiträge sein sollte: die Auseinandersetzung mit künftigen Entwicklungen und Problemen sowie den vielfältigen Herausforderungen, vor denen die Berufsbildung voraussichtlich stehen wird. Nicht die Analyse und politische Bewertung der vergangenen Jahre steht im Vordergrund – wenngleich auf sie nicht verzichtet werden kann und sie in den Einzelbeiträgen auch geleistet wird –, sondern der Versuch des jeweiligen Autors, aus seiner Sicht ein ihm gestelltes Thema mit Blick auf die Zukunft abzuhandeln.

Damit wird die Zielrichtung dieses Sonderheftes deutlich. Es ging nicht darum, daß jeder einzelne Autor einen Meinungsartikel zur allgemeinen Entwicklung der beruflichen Bildung in den achtziger Jahren schreibe. Der Redaktion lag vielmehr daran, unterschiedliche Ansichten zu Kernfragen der Berufsbildung zu erfassen und gegenüberzustellen.

Wollte man alle strittigen Fragen und vermeintlichen Entwicklungen in einem solchen Heft diskutieren, so sprengte dies den gesetzten Rahmen. Die Redaktion stand deshalb von vornherein vor der Aufgabe, die Gesamtstruktur vorzugeben. Sie setzt sich damit – und das ganz bewußt, der Gefahr aus, daß Vorwürfe wegen der Vernachlässigung wichtiger Themen erhoben werden.

Interessierten und fachlich versierten Lesern dürfte es unschwer gelingen, dafür entsprechende Beispiele zu finden.

Zentrale Frage der kommenden Jahre dürfte sicherlich sein, wie sich das „duale System“ weiterentwickelt und welche Rolle es unter den anderen weiterführenden Bildungsgängen spielt. Kern dieses Systems ist das „Lernen im Betrieb“ und hier besonders das „Lernen am Arbeitsplatz“.

Die Betriebe haben anerkennenswerterweise in den zurückliegenden Jahren einen beachtlichen Beitrag zur Lösung des „Lehrstellenproblems“ geleistet. Die Erfolge von heute sind aber keine Garantie für die Siege von morgen. In der Konkurrenz der Lernorte wird die Attraktivität einer betrieblichen Ausbildung auf Dauer nur gesichert sein, wenn sie auf die neuen Herausforderungen reagiert. Bereits jetzt zeichnet sich ein drastischer Rückgang bei den Schulabgängerzahlen ab. Der voraussichtliche Ausbaustand der Berufsschulen und „Überbetrieblichen Ausbildungsstätten“, technologische, strukturelle und konjunkturelle Entwicklungen könnten die Situation eintreten lassen, daß sich ungeachtet unbestreitbarer Vorzüge betrieblicher Ausbildung das Gewicht in Richtung „Lernort Schule/Lehrwerkstatt“ verschiebt. Damit ist nicht gesagt, daß dies die wünschenswerte Form der Berufsausbildung der Zukunft ist.

Zu solchen Entwicklungen bedarf es nicht einmal des erklärten politischen Willens. FRIEDRICH EDDING macht in seinem einleitenden Beitrag deutlich, wie sich diese vollziehen können innerhalb des bestehenden Ordnungsrahmens, dessen rechtliches Gefüge so austariert sei, daß sich daran kaum Wesentliches ändern werde. Die Bezeichnung „duales System“ habe nie auch gleichzeitig eine feste zeitliche Relation von Lernen in der Produktion und Lernen in der Berufsschule bedeutet. Ausbildungszeiten in der Produktion seien im wesentlichen Maße abhängig von Ausbildungsberuf, Betriebsart, -größe und -struktur etc. Kommende Entwicklungen ließen hier weitere Verschiebungen erwarten. Wollte die Wirtschaft diesen Konkurrenzkampf bestehen – und

diese Chance sieht Edding durchaus – so habe sie einerseits für einen Finanzausgleich zu sorgen, andererseits einen Beitrag zur Gleichwertigkeit der Laufbahnchancen zu leisten.

LASZLO ALEX zeigt Entwicklungstendenzen in der Ausbildungsstruktur der kommenden Jahre vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation auf. Nachfrage nach und Angebot von Ausbildungsplätzen, Arbeitsmarktentwicklung, Verschiebungen innerhalb der Volkswirtschaft, Veränderungen der Qualifikationen stehen im Mittelpunkt seiner Analyse.

Für ALBRECHT BENDZIULA haben die zurückliegenden Jahre und der beachtliche Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten bei der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen dem „dualen System“ zu einer breiten Anerkennung auch über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus verholfen. Die Situation verändere sich jedoch insofern, als das kommende Jahrzehnt vom Mangel an Nachwuchs geprägt sei. Die Wirtschaft könne den nötigen Facharbeiternachwuchs nur sichern, wenn das „duale System“ als eine klare eigenständige Alternative zur studienqualifizierenden Bildung ausgebaut werde, breite Grundbildung nicht zu Lasten der Fachinhalte der Ausbildung ginge, bürokratische Zwänge abgebaut würden.

Hingegen sieht MARIA WEBER die quantitativen Probleme noch nicht als gelöst an und verweist besonders auf die regional unterschiedliche Versorgung mit Ausbildungsplätzen. Zentrale Aufgabe jedoch sei die Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung. Qualität aber lasse sich nur sichern, wenn für den entsprechenden Finanzierungsspielraum gesorgt würde.

PAUL SCHNITKER betont in seinem Beitrag die Notwendigkeit des Lernens am Arbeitsplatz für eine qualifizierte Facharbeiterausbildung. Nicht allein der Erwerb technischen Wissens müsse im Mittelpunkt der Ausbildung stehen – Berufsausbildung bedeute mehr – nämlich auch Erziehung zu Kreativität, Engagement oder zur Fähigkeit, mit Menschen anderen Alters, Herkommens oder anderer Bildungsstufen zusammenzuarbeiten.

Zwänge eines Großbetriebes, dessen kontinuierlicher Produktionsablauf gesichert sein muß und was dies für die Ausbildung am Arbeitsplatz bedeutet, beschreibt ERNST NEUMANN. Völlig andere Formen der Kooperation und der Kommunikation seien nötig, das Theorie/Praxis-Verhältnis müsse neu durchdacht werden und es gälte, Methoden weiterzuentwickeln und einzuführen, mit deren Hilfe adressaten- und aufgabengerecht fachliche und überfachliche Ausbildungsinhalte vermittelt werden könnten.

Wie unterschiedlich die Formen und Bedingungen betrieblichen Lernens sind, geht aus dem Beitrag von JOACHIM MÜNCH hervor. Für die weitere Diskussion außerordentlich interessante Ergebnisse eines kürzlich beendeten Projekts werden dargestellt, aus denen Schlußfolgerungen für künftiges „Lernen am Arbeitsplatz“ gezogen werden.

Der Bogen zu den schulischen Formen beruflichen Lernens wird gespannt durch GUSTAV GRÜNERS Artikel, der den Einfluß von vier Größen – wie er sie sieht – auf die Berufsbildung untersucht: Neue Werkstoffe, Arbeitsmittel, Technologien und eine neue Arbeitsorganisation verlangten Konsequenzen in der Berufsbildung. Für Grüner ergibt sich daraus ein Bedeutungsanstieg der Berufsschule. Diese kann dem allerdings nur gerecht werden, wenn die derzeitige Praxisferne, die auch ein Resultat der gegenwärtigen Gewerbelehrausbildung ist, abgebaut wird.

Qualifizierte Berufsausbildung ist nicht denkbar ohne die Möglichkeit der Weiterbildung. Geht man von der These aus, daß technologische und strukturelle Entwicklungen in immer stärkerem Maße Verschiebungen unter den Berufen oder Tätigkeiten und der Arbeitsorganisation bedeuten, so liegt eine Ver-

stärkung des Sektors „Weiterbildung“ auf der Hand. HERBERT NIERHAUS plädiert hierfür, weist gleichzeitig auf die nötigen Rahmenbedingungen, aber auch auf den ambivalenten Charakter von Weiterbildung hin, einerseits in immer stärkerem Maße Instrument der Arbeitsmarktpolitik zu werden, andererseits der individuellen Bildung zu dienen.

„Berufsbildung in den achtziger Jahren“ läßt sicherlich viele Fragen offen. Mehr als ein Anstoß und eine Aufforderung zur Diskussion soll dieses Heft auch nicht sein. Diskussionen zum Thema „Berufsbildung“ können auch in der BWP geführt werden – die Redaktion lädt dazu ein.

Hermann Schmidt

Friedrich Edding

Das Duale System im Übergang zur Pluralität der Lernorte

Das Duale System der beruflichen Erstausbildung hat als Institution große Bestandsfestigkeit gezeigt. Durch schrittweise Anpassungen an neue Gegebenheiten hat es seine innere Lebensfähigkeit stetig erneuert, sich als hinreichend flexibel bewährt und trotz notorischer Mängel seine Attraktivität für einen großen Teil des Nachwuchses erhalten. Daß dies auch in den 80er Jahren so sein wird, erscheint als eine bei entsprechenden Anstrengungen durchaus realisierbare Perspektive. In der gegebenen Rechtsordnung als Konstante sind allerdings bedeutende Änderungen von Umfang und Qualität dieser Ausbildungsform unvermeidlich.

Die rechtliche Dualität ist festgeschrieben

Eine Änderung der rechtlichen Grundkonstruktion ist unwahrscheinlich. Die Kompetenz des Bundes für den betrieblichen Teil und die Zuständigkeit der Länder für den schulischen Teil der Ausbildung können als festgeschrieben gelten. Auch die seit 1969 in einigen Bundesgesetzen vorgenommenen Einzelregelungen geben überwiegend den zwischen Staat und Verbänden sowie zwischen den Parteien für absehbare Zeit als möglich erscheinenden Kompromiß wieder. Nicht einmal eine große Koalition, wenn sie sich in den 80er Jahren wiederholen sollte und wenn sie entschlossen wäre, ihre Energien diesem Gebiet zuzuwenden, hätte große Chancen, an dem austarierten Gefüge Wesentliches zu ändern.

Innerhalb dieses Ordnungsrahmens und im Verhältnis des Dualen Systems zu anderen Teilen des Bildungswesens sind jedoch Weiterentwicklungen notwendig und möglich, insbesondere insofern sie Tendenzen in der Betriebs- und Produktionsstruktur sowie Nachfragetendenzen der Ausbildung Suchenden entsprechen. Diese Tendenzen bestätigen zum Teil frühere Reformvorstellungen.

Konzepte totaler Veränderung des Systems blieben wirkungslos

Das Duale System durch ein völlig anderes zu ersetzen, ist aus verschiedenen Gründen immer wieder gefordert worden. 1947 zirkulierte zum Beispiel in den Büros der Besatzungsmächte die Denkschrift eines Amerikaners [1], deren Hauptanliegen der Vorschlag war, die Aufgabe der Ausbildung künftig, in Anlehnung an das System der vocational high schools, neu aufzubauenden Berufsfachschulen zu übertragen. Darüber wurde aber damals keine Einigung erzielt, zumal es sehr viel gekostet hätte. Eine noch radikalere Reform schlug 1952 der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Heinrich Rodenstein, vor. In seinem Vortrag über „Grundsätze der Neuformung des deutschen Bildungswesens“ [2] verlangte er eine obligatorische schulische Berufsgrundbildung für den gesamten Nachwuchs (auch die Lehrer sollten alle einen zweiten Beruf erlernen und zeitweise ausüben) sowie eine Reduktion der danach freiwillig gewählten und spezialisierten betrieblichen Ausbildung auf ein

Jahr. Rodensteins Konzept wurde viel bewundert, veränderte aber zunächst kaum etwas. Seine Gedanken erhielten erst eine Chance teilweiser Verwirklichung, als in den 70er Jahren eine neue Lage entstanden war.

Gleichwertigkeit durch gleiche Lernziele?

Zur Veränderung der Lage trugen mehrere Entwicklungen bei. Die einseitige Prämiierung des gymnasial-akademischen Bildungsweges in den Lebenschancen hatte die Kanalisierung eines immer größeren Nachwuchsanteils in Richtung Hochschule bewirkt. Politiker aller Parteien forderten deshalb in den 70er Jahren, die berufliche Bildung müsse im Verhältnis zu den allgemeinbildenden Schulen als gleichwertig oder gleichrangig anerkannt werden. Die Erziehungswissenschaft faßte dies als Bestätigung ihrer seit langem vorgetragenen These auf, daß die Verfassung unseres Staates gleiche Entwicklungschancen jeder Person verlange. Einige allgemeine Lernziele müßten für alle gelten, auch wenn nicht zu erwarten sei, daß alle auf dem Weg zu diesen Zielen gleiche Schwierigkeitsgrade würden meistern können. Wenn das Duale System als gleichrangiger Bildungsweg gelten sollte, dann müßten hier auch allgemeine Lernziele der weiterführenden Schulen mehr als bisher gepflegt werden. Einseitiger Drill in bestimmten Fertigkeiten und Kenntnissen sei dann nicht mehr ausreichend. Lernziele höheren Anspruchs wie zum Beispiel Sinnverständnis, Kreativität, Mobilität und Dispositionsfähigkeit müßten als ebenso wichtig gelten. Die besondere Chance der betrieblichen Ausbildung, die Verbindung von Denken und Handeln an verantwortlich durchzuführenden Aufgaben üben zu können, sollte auch als zentrales Bildungsziel verstanden werden.

Auch auf der betrieblichen Seite wurde die Überbetonung speziellen Drills in der Ausbildung zunehmend als Schwäche erkannt. Die Anforderungen der modernen Produktionsweise und der Wandel der Marktlagen machten es ratsam, dem Nachwuchs ein breiteres Fundament zu geben und ihn zu mehr Flexibilität zu erziehen. Das erforderte besser qualifizierte Ausbilder und mehr Unterricht in Verbindung mit der Ausbildung in der Produktion und in Lehrwerkstätten, oder aber mehr Schule. Dies durfte allerdings, vom Betrieb her gesehen, nur eine anwendungsbezogene und berufsvorbereitend arbeitende Schule sein. Die Freistellung für einen zweiten Berufsschultag, zum mindesten im Beginn der Ausbildung, erschien nun als diskutabel. Die Reformforderungen in Richtung auf Systematisierung, überbetriebliche Ausbildungsstätten, Blockunterricht und Stufung der Ausbildung wurden zunehmend akzeptiert und verwirklicht.

Die Forderung der Integration

Die Erziehungswissenschaft ging noch einen Schritt weiter, indem sie das Konzept der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung entwickelte. Dies allerdings war in den üblichen losen